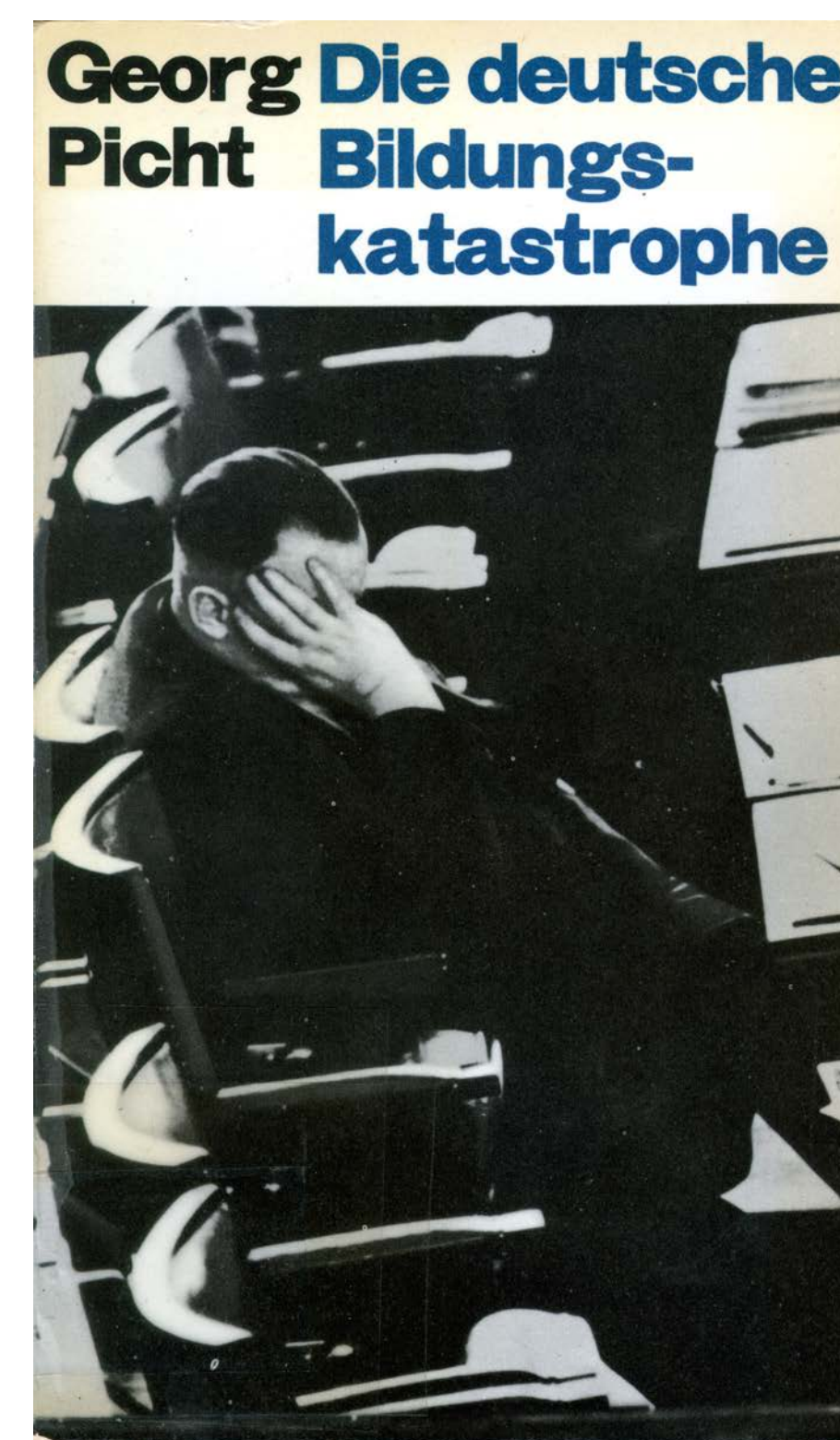


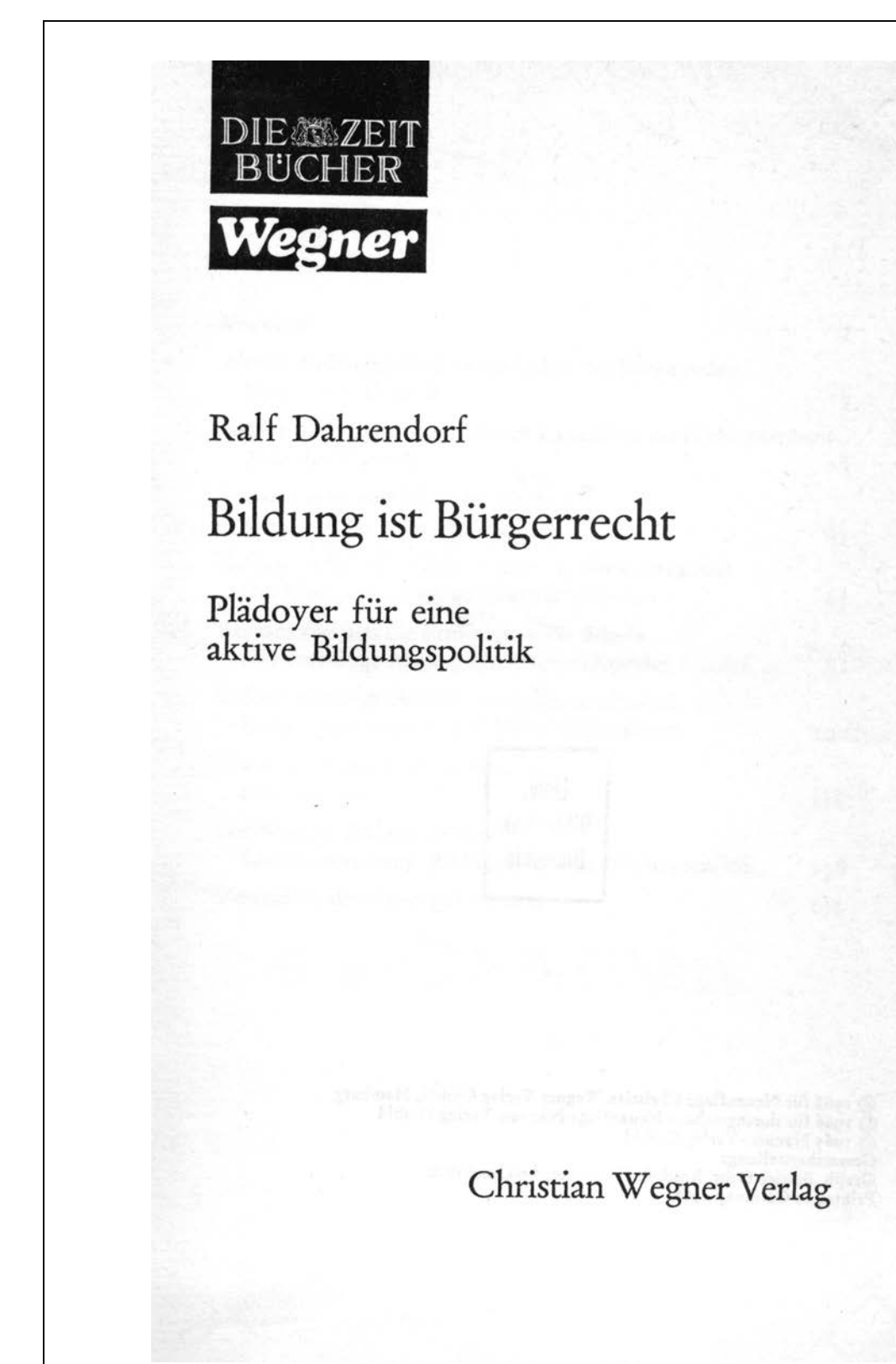
„Princeton am Teuto?“

Das restaurative deutsche Schul- und Bildungssystem der Bundesrepublik wurde zu Beginn der 60er Jahre heftig in Frage gestellt. Georg Picht verkündete 1964 die „Deutsche Bildungskatastrophe“. Ralf Dahrendorf machte 1965 in seiner Schrift „Bildung ist Bürgerrecht“ auf die eklatante Vernachlässigung der Chancengleichheit aufmerksam. In einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky), in der breite Bevölkerungskreise an den materiellen und geistigen Gütern des Zivilisationskomforts teilnehmen konnten, drängten zunehmend auch die Mittelschichten in die höheren Schulen und Universitäten. Das Anwachsen des Durchschnittseinkommens und die positive ökonomische Entwicklung führten zu einer Expansion des Bildungswesens, so dass sich von 1950 bis 1963 die Zahl der Studierenden verdoppelte. Der 1957 als Reaktion auf den „Bildungsnotstand“ gegründete Wissenschaftsrat sprach sich 1960 für die Errichtung neuer Hochschulen aus, von denen eine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet liegen sollte – die spätere Ruhr-Universität in Bochum.

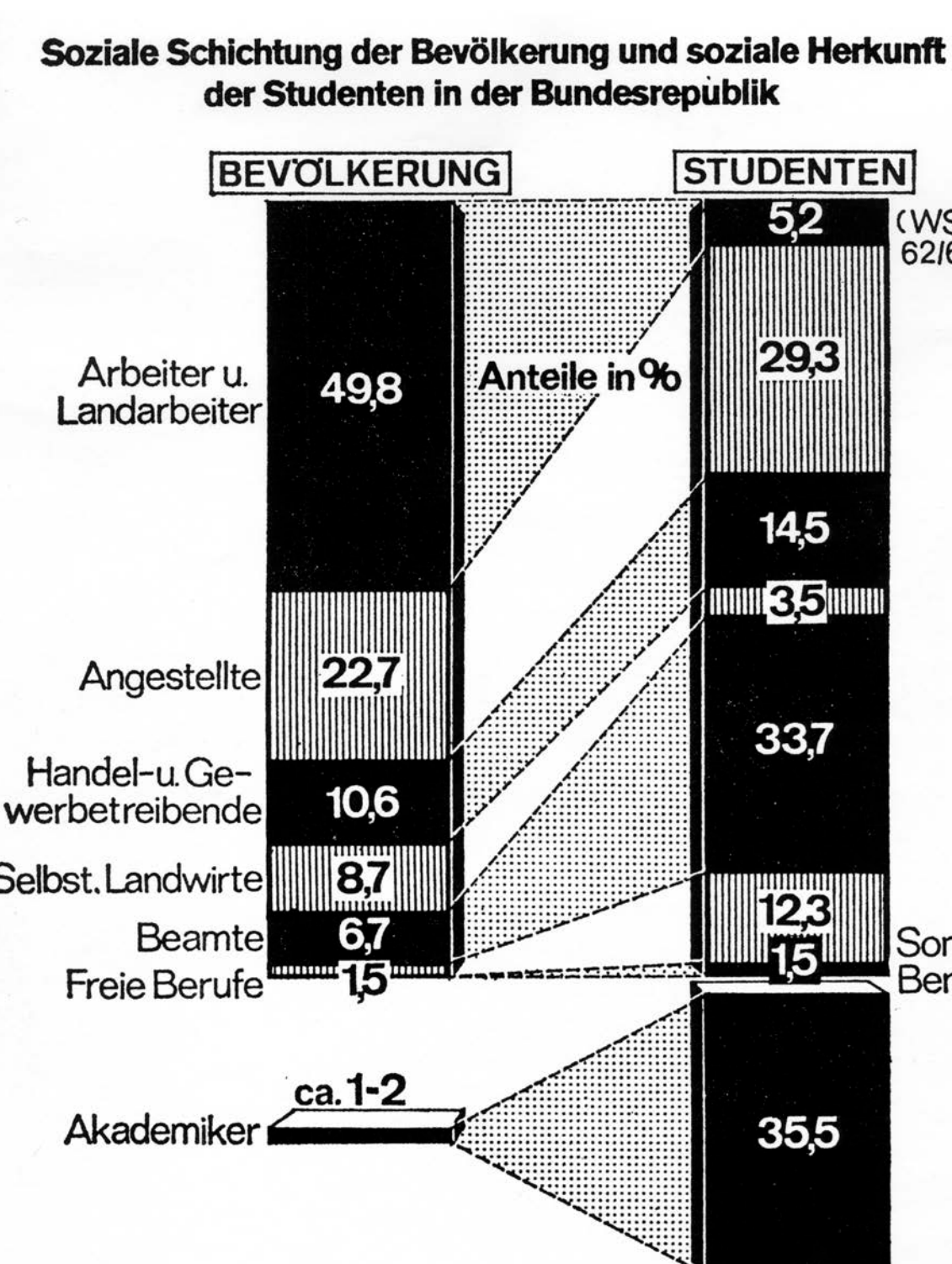
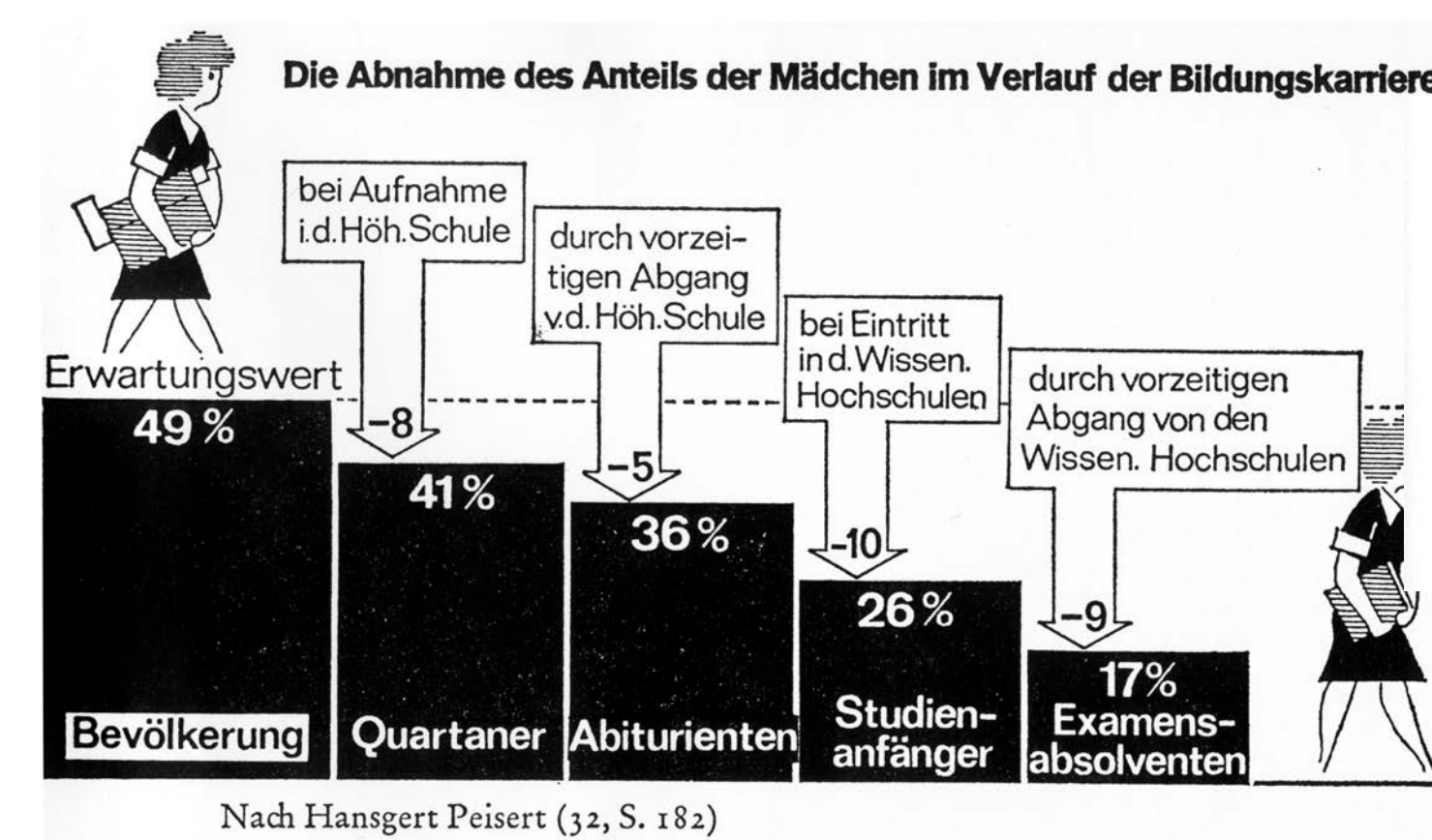
Darüber hinaus kündigte die Landesregierung eine weitere Universität im ostwestfälischen Raum an. Der Münsteraner Soziologe und Bildungsreformer Helmut Schelsky wurde von Landeskultusminister Paul Mikat mit der Planung der Universität beauftragt, die in Bielefeld entstehen sollte. Schelsky sah in der neuen Hochschule nicht in erster Linie eine Entlastungsuniversität, sondern eine Ausnahmeuniversität im deutschen Bildungssystem, die das Humboldt'sche Postulat der „Einheit von Forschung und Lehre“ wiederherstellen sollte. Eine Besonderheit dieser kleinen Forschungsuniversität stellte das Leitbild der Interdisziplinarität dar. Die Rahmenbedingungen, unter denen Schelsky und der 1965 eingesetzte Gründungsausschuss die Planung der Universität vornahmen, veränderten sich durch die als Katalysator für Reformen im Bildungswesen wirkende Studentenbewegung ab 1967/68 jedoch zusehends.



Georg Picht, „Die deutsche Bildungskatastrophe“ (1964): „Eine Bildungskatastrophe [könnte] das ganze System der Verfassung erschüttern ..., wenn man es versäumt, rechtzeitig zu handeln.“



Ralf Dahrendorf „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965): „Kann ein Land reich bleiben und die Gesellschaft im Wohlstand erhalten ohne seine Schulen und Universitäten weit zu öffnen und von Grund auf zu verändern?“



Quellen der Grafiken: Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht

Zusammensetzung des Gründungsausschusses und des Wissenschaftlichen Beirates

Gründungs-ausschuß

1. Kultusminister Professor Dr. Paul Mikat (als Vorsitzender)
2. Professor Dr. Werner Conze, Heidelberg (Geschichtswissenschaft)
3. Professor Dr. Friedrich Hirzbruch, Bonn (Mathematik)
4. Professor Dr. Wilhelm Krelle, Bonn (Wirtschaftswissenschaft)
5. Professor Dr. Hermann Lübbe, Bochum (Philosophie)
6. Universitätskanzler Eberhard Fähr. von Medem, Bonn (zugleich Beauftragter des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen für die Organisations- und Verwaltungsplanung der Universität im ostwestfälischen Raum)
7. Professor Dr. Ernst Joachim Mestmäcker, Münster (Jurisprudenz)
8. Professor Dr. Dr. Johannes Baptist Metz, Münster (Katholische Theologie)
9. Professor Dr. Horst Rollnik, Bonn (Physik)
10. Professor Dr. Helmut Schelsky, Münster (Soziologie)
11. Professor Dr. Harald Weinrich, Köln (Sprach- und Literaturwissenschaften)

Wissenschaftlicher Beirat

1. Professor Dr. Horst Albach, Bonn (Wirtschaftswissenschaften)
2. Professor Dr. Hans Blumenberg, Bochum (Philosophie)
3. Professor Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Heidelberg (Jurisprudenz)
4. Professor Dr. Dieter Claessens, Münster (Soziologie)
5. Assistent Dr. Jürgen Fress, Bochum
6. Professor Dr. Karl Peter Grottemeyer, Berlin (Mathematik)
7. Professor Heinz Hartmann, Ph. D., Münster (Soziologie)
8. Professor Dr. Peter Hartmann, Münster (Sprachwissenschaften)
9. Professor Dr. Hartmut von Hentig, Göttingen (Pädagogik)
10. Professor Dr. Max Inghel, Bochum (Kunstgeschichte)
11. Professor Dr. Günther Jahr, Saarbrücken (Jurisprudenz)
12. Professor Dr. Armin Kaufmann, Bonn (Jurisprudenz)
13. Professor Dr. Walther Killy, Göttingen (Sprach- und Literaturwissenschaften)
14. Priv. Dozent Dr. Reinhard Koselleck, Heidelberg (Geschichtswissenschaften)
15. Dr. Helmut Krauch, Heidelberg (Kybernetik)
16. Wist. Rat Dr. Peter Christian Ludz, Berlin (Soziologie und Pol. Wissenschaft)
17. Professor Dr. Werner Maihofer, Saarbrücken (Jurisprudenz)
18. Professor Dr. Otto Marquard, Gießen (Philosophie)
19. Professor Dr. Dieter Nörr, Münster (Jurisprudenz)
20. Professor Dr. Karl Stadmann, Göttingen (Sprach- und Literaturwissenschaft.)
21. Professor Dr. Wolfgang Stützel, Saarbrücken (Wirtschaftswissenschaften)
22. Professor Dr. Wolfgang Wild, München (Physik)

Zur Beratung von Fachfragen ist der Wissenschaftliche Beirat bisher in 7 Fachbereichskommissionen gegliedert, und zwar für Geschichtswissenschaften, Jurisprudenz, Mathematik und Physik, Philosophie, Sozialwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften.

94

Quelle: Grundzüge einer neuen Universität, S.93f.



Eine neue Generation von Studenten:

Links: Demonstration von Studenten der PH und der Höheren Wirtschaftsfachschule anlässlich der Grundsteinlegung für die Universität Bielefeld am 21. Juni 1968.

Rechts: Studenten im einem Hörsaal des Aufbauzentrums der Universität Bielefeld mit Rektor Karl Peter Grottemeyer. Ca. 1970.





Der Gründungsausschuss und Wissenschaftliche Beirat der zu gründenden Universität:

Helmut Schelsky, Ende Mai 1965 von Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat um einen Personalvorschlag für einen "Wissenschaftlichen Gründungsausschuß" für die neue Universität gebeten, legte bereits am 5. Juli eine "Liste der Kollegen vor, die aufgrund der mit ihnen geführten Gespräche bereit sind, einem solchen Wissenschaftlichen Gründungsausschuß für die geplante Universität anzugehören." Schelsky dachte sehr stark in Personen. Im Grunde erwartete er, dass die Mitglieder des Gründungsausschusses und des Wissenschaftlichen Beirats – beide Gremien nahmen ihre Tätigkeit im November 1965 auf – später an die neue Universität wechselten, um die gemeinsam erarbeiteten Konzepte in die Realität umzusetzen. Viele der seinerzeit nochrelativ unbekannt, jungen Wissenschaftler taten dies und prägten in ihren Disziplinen die deutsche Wissenschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts, wie der Philosoph Hermann Lübbe, der Sprachwissenschaftler Harald Weinrich, die Juristen Ernst-Wolfgang Böckenförde und Werner Maihofer, der Historiker Reinhard Koselleck, der Pädagoge Hartmut von Hentig oder der Soziologe Niklas Luhmann.

Zeittafel der Gründungsphase der Universität Bielefeld:

- 9.3.1965** Der Münsteraner Soziologe Prof. Dr. Helmut Schelsky erhält von Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat den Auftrag, die vorbereitende Planung zum Aufbau einer Universität in Ostwestfalen zu übernehmen
- 11.11.1965** Im Karl-Arnold-Haus (Haus der Wissenschaften) in Düsseldorf findet die konstituierende Sitzung des Gründungsausschusses für die neue ostwestfälische Universität statt
- 6.6.1966** Der Ministerpräsident teilt vor der Presse mit, das Kabinett habe sich für Bielefeld als Sitz der neuen Hochschule entschieden
- 24.10.1967** Die Landesregierung beschließt, dass die Empfehlungen des Gründungsausschusses vom 24.7.1967 die Grundlage der weiteren Planung für den Aufbau der Universität Bielefeld bilden
- 21.6.1968** Grundsteinlegung für das Aufbauzentrum, das den Beginn für Forschung und Lehre im Wintersemester 1969/70 ermöglichen soll
- 1.10.1968** Privatdozent Dr. Niklas Luhmann, Soziologe, erster Professor der Universität
- 10.2.1969** Der Gründungsausschuss verabschiedet die Satzung der Universität Bielefeld
- 5.9.1969** Gründungsdatum der Universität Bielefeld, Konstituierung des Senats und Wahl des ersten Rektors, Prof. Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker
- 17.11.1969** Aufnahme des Studienbetriebs im Aufbauzentrum in den Fakultäten für Mathematik, für Rechtswissenschaft und für Soziologie
- 5.3.1970** Wahl des Rektors Prof. Dr. Karl Peter Grotemeyer (bis 1992 Rektor)
- 3.9.1976** Übergabe des dritten und letzten Bauabschnitts des Universitätshauptgebäudes. Damit Abschluss der Baumaßnahmen (Fertigstellung des ZiF 1972, der Verhaltensforschung sowie der Schulprojekte Laborschule/Oberstufenkolleg 1974)
- 30.11.1976** Abschluss der eigentlichen Aufbau- und Gründungsphase der Universität mit der Gründung der zehnten Fakultät, der Fakultät für Biologie (1969 Mathematik, Rechtswissenschaften und Soziologie, 1971 Pädagogik, Philosophie und Psychologie, 1972 Linguistik und Literaturwissenschaft sowie Physik, 1973 Geschichtswissenschaft, 1974 Wirtschaftswissenschaften und 1975 Chemie)

Strukturmerkmale der neuen Universität in Ostwestfalen

Empfehlungen des Gründungsausschusses vom 1. März 1966

A. Die Universität beschränkt sich auf die Fachbereiche einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät einer Philosophischen Fakultät und einer Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

B. 1. Grundeinheiten der Forschung und Lehre in der Universität sind die *Institute*. ...

2. Jedem Institut sind etwa 10 bis 14 Lehrstühle zugeordnet. ...
3. Das Institut ist Organisationseinheit der Forschung. ...
4. Das Institut ist Organisationseinheit der Lehre. ...

C. 1. Für die Forschungsarbeit der Universität werden Schwerpunkte gebildet. Diese Schwerpunkte bilden die Grundlage der kooperativen Forschung in den Fachbereichen der Institute und in der interdisziplinären Forschung (s. u. D 4).

2. Mit der Arbeit in den Schwerpunktgebieten will die Universität einen spezifischen Beitrag zur Reform der deutschen Hochschulen erbringen. ...

D. 1. *Forschung* ist Amtspflicht aller Professoren.

2. Grundlage jeder produktiven Forschung [bleibt] die Individualität des Forschers. Die Verpflichtung jedes Professors zur Forschung sowie die Bedeutung der Forschung für die Universität bedingen jedoch bei jedem Professor der Universität die Bereitschaft an kooperativen Forschungsvorhaben in den Instituten und in der interdisziplinären Forschung mitzuwirken ...

3. Die ordentlichen Professoren erfüllen ihre doppelte Verpflichtung zur Forschung und Lehre durch zeitweilige Konzentration auf die Erfüllung einer Verpflichtung. Sie werden deshalb in der Regel zur Durchführung von Forschungsvorhaben jedes zweite Jahr von der Pflicht, Vorlesungen und Übungen zu halten, entbunden.

4. Zur Organisation und Betreuung der interdisziplinären Forschung, in der eine Zusammenarbeit mehrerer Forscher aus verschiedenen Fächern zur Erreichung des Forschungszieles notwendig ist, wird ein *Zentrum für interdisziplinäre Forschung* errichtet. ...

5. Die Universität veröffentlicht jährlich einen Bericht über die an der Universität durchgeführten Forschungen sowie über die bestehenden Forschungsprogramme.

E. 1. Die Universität bemüht sich um einen Beitrag zur Reform der *Lehre* durch geeignete Gestaltung der Lehrveranstaltungen sowie der Studien- und Prüfungsbedingungen. 2. Darüber hinaus übernimmt jeder ordentliche Professor die Studienbetreuung von 30 Studenten seines Faches oder eines verwandten Gebietes ohne Rücksicht auf das Studienalter. Jeder Student gehört einer solchen Studienbetreuungsgruppe an. ...

4. Die Zahl der Studenten darf also das Dreißigfache der Zahl der Lehrstühle nicht überschreiten: *numerus clausus*

F. Die Universität erblickt in der Zusammenführung von Wissenschaft und Praxis ein wichtiges Mittel zum wechselseitigen Verständnis und zur beiderseitigen Bereicherung. Sie wird durch geeignete Einrichtungen zur Erreichung dieser Ziele beitragen.



Oben: Sitzung des Gründungsausschusses der Universität Bielefeld am 12. Oktober 1968 im Bankhaus Lampe in Bielefeld.

Unten links: Professor Ernst-Joachim Mestmäcker, Vorsitzender des Gründungsausschusses, Werner Glahe, Geschäftsführer der Universitätsgesellschaft, und Helmut Schelsky auf dem ersten Universitätsball in Bad Salzufflen am 7. September 1968. Unten rechts: Verbindung von Universität und Stadt: Auf dem Universitätsball trafen sich Vertreter von Universität, Stadt und Universitätsgesellschaft. V.l.: Glahe, Mestmäcker, Maja Oetker, Lore Hinnendahl, Oberbürgermeister Herbert Hinnendahl und der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft, Rudolf-August Oetker.



Autoren:
Johannes Altenberend
Martin Löning